

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	245
		TOP:	6
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	19.07.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Hauptstandort Württembergische Staatstheater - Entscheidung über das weitere Vorgehen		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik vom 12.07.2022, öffentl. Nr. 222
Ergebnis: Kenntnisnahme

BM Pätzold betont, es werde im Grunde keine Entscheidung von dem Gremium hinsichtlich der beiden Varianten benötigt, wobei sich der Bezirksbeirat Mitte einstimmig für Variante 2 ausgesprochen habe. Vielmehr werde die Verwaltung diese Varianten bearbeiten und dem Gremium erneut vorstellen.

Seit der letzten STA-Sitzung in der vergangenen Woche habe er sich die Frage gestellt, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), ob sich die Fraktionen, die gemeinsam den B14-Wettbewerb als Durchbruch für die Kulturmeile gefeiert hätten, mutiger verhalten sollten als bei der Variante 2. Bei der Betrachtung der Zeitabläufe bringe das Projekt einen hohen finanziellen und baulichen Aufwand mit sich und zementiere einen verkehrlichen Zustand, der im Grunde mit dem Siegerentwurf überwunden worden sei. Die Zeit bis zum Vorliegen der Untersuchungen solle interfraktionell für eine Prüfung genutzt werden mit der Fragestellung, ob es hinsichtlich der Oper möglich sei, keinen aufwendigen Interimsstandort bis 2026 schaffen zu müssen. Über einen Standort sei bereits im Jahr 2020 gestritten worden, als es um den Gebhard-Müller-Deckel in Richtung Staatsgalerie gegangen sei. Spätestens zum jetzigen Zeitpunkt könne die B14 überwunden und nicht erneut unterirdisch zementiert werden. Das Gefäßsystem des Straßenbaus müsse zurückgebaut werden, und nun biete sich

die Möglichkeit hierzu. In diesem Fall beschleunige das Projekt der Oper die Geschwindigkeit auf dem Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2035.

StR Ozasek (PULS) stimmt dem Vorschlag von StR Rockenbauch zu. Hinsichtlich des Deckels über die B14 sei über Zwischenschritte diskutiert worden. Falls neue Wände zementiert würden, bringe dies versunkene Kosten mit sich. Falls sich keine Mehrheit für einen weiteren Schritt finden würde, wäre aus Sicht des Stadtrats zumindest eine Prüfung sinnvoll, wie die "Ebene minus 1" konstruktiv in der Art hergestellt werden könne, dass sie möglichst über eine Nachnutzungsoption verfüge (z. B. Logistik-Hub). Zum Zeitpunkt der Bildung einer grünen Zunge könnten auf der "Ebene minus 1" Funktionen andockt werden, welche dienende Funktionen für die Stadt besäßen. Ein anderes Beispiel stellten Reisebusse dar, für die ein Terminal bei Anreise vorstellbar sei. Grundsätzlich müsse bei der Zielplanung in einem weiteren Rahmen gedacht werden.

Er habe die Ausführungen von StR Rockenbauch als Appell in der Art aufgefasst, so StR Peterhoff (90/GRÜNE), spätestens bis zum Winter die konkreten Details zu diskutieren. Er nehme diesen Vorschlag mit in seine Fraktion; eine Debatte solle daraufhin anhand der genauen Kosten geführt werden. In einer der letzten Sitzungen sei im Raum gestanden, ein Teil der Stützwände sei sanierungsbedürftig. Dies bedeute, die genaue Sachlage prüfen zu müssen und nicht beispielsweise in einem halben Jahr das gesamte Projekt abzuwickeln. Zu einem späteren Zeitpunkt stelle sich die Frage einer dauerhaften Nutzung. Die Unterfahrungen fielen im Rahmen des B14-Wettbewerbs komplett weg. Allerdings sei nicht definiert worden, welche Nutzung an deren Stelle auf der Fläche stattfinden solle.

StRin Schanbacher (SPD) betont, es handle sich um eine weitere Variantenplanung. Einigkeit bestehe darin, eine Reduzierung von 50 % Verkehrsfläche erreichen zu wollen. Es hätten beispielsweise Überlegungen bestanden, Unterführungen in Energiezentralen umzuwandeln. Diese Überlegungen müssten bis zum Ende des Jahres angestellt werden, wenn Klarheit herrsche, welche Konsequenzen die Varianten mit sich brächten.

Beide Varianten würden weiter untersucht, und die Fraktionen sollten sich über diese austauschen, betont BM Pätzold. Gemeinsam solle daraufhin über den weiteren zeitlichen Ablauf diskutiert werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Kulturamt (2)
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat JB
Schulverwaltungsamt (2)
 5. BVin Mitte
 6. Amt für Revision
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand